



Rede zum 1. Mai 2014
Alexander Kirchner,
Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
in Regensburg – Haidplatz

Sperrfrist: 1. Mai 2014 / 10:30 Uhr

„Nie wieder Krieg! Das war und ist sowohl Aufforderung wie auch Mahnung derer an uns, die den 1. und 2. Weltkrieg erlebt haben“. Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Alexander Kirchner, seine Rede zum 1. Mai, die er diesmal in Regensburg hielt. „Die Menschen in der Ukraine wollen keinen Krieg, genau so wenig wie die Menschen in Deutschland, in ganz Europa, in Russland oder sonst wo auf der Welt“; machte er deutlich

„In diesem Jahr, in dem wir uns an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und den des Zweiten vor 75 Jahren erinnern, fordern wir unsere Politiker auf, mit Besonnenheit zur Deeskalation beizutragen und sich entschieden gegen die Hardliner in Europa, Russland oder Amerika zu stellen“, so Kirchner. Frieden sei das Recht aller Menschen.

Die Ereignisse in der Ukraine machten die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des europäischen Prozesses noch einmal besonders deutlich. Denn die Geschichte beweise: „Abgrenzung und Ausgrenzung führen zu Kriegen“.

Deutschland sei nach dem Krieg geholfen worden, obwohl die Welt allen Grund gehabt hätte, dies nicht zu tun. Die Weltgemeinschaft habe aber erkannt, dass dies nur der Nährboden für neue Konflikte und Bedrohungen gewesen wäre. Deshalb gab es 1948 einen Marshallplan.

Nach heutigen Maßstäben hat Amerika seinerzeit insbesondere der am Boden liegenden deutschen Wirtschaft mit 127 Milliarden Euro geholfen. Heute fordere der DGB einen Marshallplan für Europa.

Statt Geld in marode Banken zur Absicherung der Vermögen von Superreichen zu stecken, solle das Geld lieber in den Aufbau der Wirtschaft in ganz Europa gesteckt werden. Denn: „Ob es uns gefällt oder nicht - die Globalisierung verändert die Welt“, so Kirchner.

Heute lebten 7 Milliarden Menschen auf dieser Welt, im Jahr 2050 werden es 9 Milliarden sein. Doch Europa werde immer kleiner und schwächer, der Einfluss schwinde. In absehbarer Zeit werde der Anteil der deutschen Bevölkerung weniger als ein Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.

„Wenn wir dann noch eine Chance haben wollen, mit zu gestalten und unsere industrielle Produktion auf dem Weltmarkt vertreiben zu können, dann geht das nur mit einer starken nationalen und europäischen Wirtschaft“, machte Kirchner deutlich.

„Das in den Boulevard-Blättern und an den Stammtischen betriebene gegeneinander Ausspielen der Menschen in Europa schadet auch uns und gefährdet unsere Arbeitsplätze“, warnte der EVG-Vorsitzende.

Wir leben Gemeinschaft.





So würde in der bayrischen Industrie bereits mehr als jeder zweite Euro im Ausland verdient. Und über 60 Prozent des bayerischen Exports ginge in die EU-Staaten. „Wir sind also gut beraten darauf zu achten, was in diesen EU-Staaten passiert und wer die europäische Politik macht“, so Kirchner.

„Am 25. Mai ist Europawahl. In 25 Tagen entscheiden wir Europäer darüber, wie es weitergeht mit Europa“, stellte der EVG-Vorsitzende vor diesem Hintergrund fest. Dabei seien vier Strömungen wahrnehmbar:

Die Größte sei die der Gruppe derer, denen Europa und die Wahl egal ist – die Europa den Anderen überlassen.

Dann kämen die Europagegner, Nationalisten, Rechtspopulisten und Faschisten. Die Zahl deren Anhänger und Befürworter würden auch in Deutschland immer größer. Sie wollten Europa schwächen, Abgrenzen und Ausgrenzen. Hier sagten nicht nur die Gewerkschaften ein entschiedenes Nein.

Die Dritten seien jene, die ein Europa des freien Handels von Geld und Waren wollten – aber auch des freien Handels der Ware Mensch. Sie wollen ein Europa des Wachstums der Gewinne und Umsätze. Kostet es was es wolle - vor allem aber auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa.

Raufsetzen der Rentenalter und Reduzierung der Renten. Herabsetzen der Löhne und der Sozialstandards. Aushöhlung und Abschaffung von Tarifverträgen und des Streikrecht. Deregulierung der Arbeitsmärkte seien deren Konzepte, die sie aus ihrer Sicht derzeit in vielen Teilen Europas erfolgreich umsetzen.

Hinter dieser Politik stehe in erster Linie eine immer noch neoliberale Kommission. Auch der Deutsche Kommissar Öttinger versuche immer wieder in dieser Richtung zu agieren. Seine letzte Forderung: Rente mit 70.

„Eine solche Politik und diese Strömung müssen wir klar bekämpfen“, so Kirchner. „Denn wir gehören zu Denjenigen, die ein Europa der Menschen wollen.“

Ein Europa in dem der wachsende Wohlstand gerecht verteilt wird. Ein Europa ohne Arbeitslosenquoten bei Jugendlichen von 25 teilweise bis 50% wie in Spanien, Griechenland und Portugal. Ein Europa in dem die Menschen durch ihre Arbeit sich und ihre Familien ernähren können. „Dieser Gruppe gehören wir an“, machte der EVG-Vorsitzende deutlich.

Allerdings: Diejenigen, die dies umsetzen wollten, seien derzeit im Europaparlament in der Minderheit. „Deshalb sollten wir die am 25. Mai stark machen“, so Kirchner. „Geht wählen und sorgt dafür, dass viele wählen gehen“, rief er nicht nur all Jenen zu, die an der 1. Mai-Demonstration des DGB in Regensburg teilnahmen. „Sorgt mit dafür, dass Europa gestärkt und nicht geschwächt wird. Wählt in unser aller Interesse ein soziales Europa, ein Europa der Solidarität“.

###

Wir leben Gemeinschaft.



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Vorstandsbereich Vorsitzender
Weilburger Straße 24, 60326 Frankfurt/Main
Tel: 069 7536-0 - www.evg-online.org

Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes
und der Europäischen und Internationalen
Transportarbeiter-Föderation



Die Stärke Deutschland – das nicht reich an Bodenschätzen sei – liege in einer Wirtschaft, die auf Innovation und Qualität setze. Dies gehe aber nur mit Menschen, die motiviert und vor allem gut ausgebildet seien.

Dieser „Standortvorteil“ werde jedoch von den Arbeitgebern und der Politik Jahr für Jahr verspielt. Auch investiere der Staat zu wenig in Bildung und damit in die Zukunft unseres Landes. Noch immer werde versucht, mit Straffung und Auslese die Zukunft zu meistern, obwohl alle Fachleute bereits wüssten, dass dies der falsche Weg sei.

Deshalb müsse auch in Bayern, wie in anderen Bundesländern auch, Schluss mit G8 sein. „Wir brauchen Schulen, die Allen gleiche Bildungsvoraussetzungen bieten, und in denen Kinder nicht ausgegrenzt oder abgestempelt werden.“

Hinzu komme: noch immer gebe es auch in Bayern zu wenige Lehrstellen. Kirchner erinnerte daran, dass zu Beginn des aktuellen Ausbildungsjahres 23.000 Bewerber in Bayern in „Warteschleifen“ geparkt worden seien. 6.700 Bewerber seien seinerzeit noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz gewesen.

„Das sind 30.000 junge Menschen, die gerne als Fachkräfte in den Beruf einsteigen möchten, aber nicht dürfen“, kritisierte Kirchner – und machte deutlich: „Statt über fehlende Fachkräfte zu lamentieren, sollten die Unternehmen ihre Ausbildungskapazitäten halten und ausbauen. Fachkräfte gewinnt man nicht über Leih- und Zeitarbeit oder Werkverträge, sondern durch die betriebliche Ausbildung“.

###

Als Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft nahm Alexander Kirchner in seiner Mai-Rede auch zu verkehrspolitischen Themen Stellung. Denn auch in diesem Bereich würden durch die Politik Tausende von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft gefährdet.

Seit Jahrzehnten werde die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland auf Verschleiß gefahren. So gebe es allein im Eisenbahnbereich einen Rückstau von über 30 Milliarden Euro. 9000 Brücken bei der Bahn seien älter als 100 Jahre – im Durchschnitt alle vier Kilometer eine!

Alle Landesverkehrsminister hätten nach der Bundestagswahl einem Bericht der von ihnen selbst eingesetzten Bodewig-Kommission zugestimmt. Der komme zum Ergebnis, dass in Deutschland in den 15 Jahre lang jährlich zusätzlich 7,2 Milliarden Euro in die Bestandsinfrastruktur investiert werden müssten, um wieder zu vernünftigen Verhältnissen zu kommen.

Was aber mache die Große Koalition daraus? „Sie stellt fünf Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre zur Verfügung. Doch was macht die Koalition daraus? Das bedeutet eine Unterdeckung von 6 Milliarden Euro im Jahr“, kritisierte Kirchner.

In der Folge würde sich die Verkehrsinfrastruktur immer weiter verschlechtern. Schon jetzt gebe es Betriebe, die deshalb aus Deutschland abwanderten.

Wir leben Gemeinschaft.





Deshalb sein eine Wende in der Verkehrspolitik dringend erforderlich. Das bedeute: mehr Investitionen, die zielgerichteter in das Bestandsnetz gehen. Investitionen, die es möglich machen, den CO2 Ausstoß zu reduzieren und eine Energiepolitik zu betreiben, die die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen reduziere.

„In der Verkehrspolitik ist diese Bundesregierung die Antworten auf die Herausforderungen schuldig geblieben. Auch in dieser Frage wird die Zukunftsfähigkeit Deutschlands verspielt“, machte Kirchner deutlich.

###

Im Hinblick auf die bevorstehende Tarifrunde machte der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft deutlich, dass auch die EVG mit dem Ziel antreten werde, den Beschäftigten den gerechten Anteil an dem, was sie erarbeitet haben, zu sichern. Denn Gerechtigkeit beginne bei gerechten Löhnen!

Kirchner ging in diesem Zusammenhang auf Bestrebungen der Großen Koalition ein, die Tarifautonomie zu stärken sowie die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und die Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen umzusetzen. „Das haben wir lange gefordert; das wird dazu beitragen, mehr Beschäftigte durch Tarifverträge zu schützen und ihnen existenzsichernde Einkommen verschaffen“, so der EVG-Vorsitzende.

Das geplante Gesetzespaket der Bundesregierung sei ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Ordnung der Arbeit. Dennoch liegt auch hier noch ein weiter Weg vor den Gewerkschaften.

Nach Einschätzung von Alexander Kirchner hätten sich die Einkommen in der Leiharbeit mit dem neuen Tarifvertrag - in Verbindung mit den Branchenzuschlägen und dem Mindestlohn - deutlich verbessert. Das Ziel bleibe jedoch: Equal Pay! Der Missbrauch von Werkverträgen müsse endlich ein Ende haben.

„Werkverträge, die nur mit dem Ziel abgeschlossen werden, Billigarbeit zu organisieren, gehören verboten. Und damit Betriebsräte wirkungsvoll gegen den Missbrauch von Werkverträgen handeln können, müssen ihre Rechte gestärkt werden“, machte Kirchner deutlich.

Gleiche Arbeit – gleiches Geld müsse auch für Minijobs gelten. Ebenso wie gleiche Arbeitnehmerrechte und volle soziale Sicherung von Anfang an. Gerade die Minijobs seien eine Niedriglohnfalle für Frauen. Frauen würden im Berufsleben insgesamt immer noch schlechter bezahlt oder behandelt. „Deshalb fordern wir endlich eine umfassende Gleichstellung und weiter verbesserte Bedingungen für Frauen und Männer, um Erwerbsarbeit und Sorge für die Familie zu vereinbaren“.

Die Betriebsräte leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, dass es im Betrieb gerecht zugeht. Mit ihnen kommt ein Stück Demokratie und Freiheit in den Betrieb, wo sonst nur die Arbeitgeber allein das Sagen hätten“, so Kirchner.

Wir leben Gemeinschaft.



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Vorstandsbereich Vorsitzender
Weilburger Straße 24, 60326 Frankfurt/Main
Tel: 069 7536-0 - www.evg-online.org

Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes
und der Europäischen und Internationalen
Transportarbeiter-Föderation

Memo



Der EVG-Vorsitzende nahm damit Bezug auf die Betriebsratswahlen, die noch bis Ende Mai laufen. Wichtig sei es, starke Betriebsräte zu wählen. Jede Stimme zähle. Deshalb sei es wichtig, wählen zu gehen.

Wir leben Gemeinschaft.



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Vorstandsbereich Vorsitzender
Weilburger Straße 24, 60326 Frankfurt/Main
Tel: 069 7536-0 - www.evg-online.org

Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes
und der Europäischen und Internationalen
Transportarbeiter-Föderation



###

Auch auf das Thema „Mindestlohn“ ging der EVG-Vorsitzende in seiner Rede ein. Immer mehr Menschen müssten zu schlechten Löhnen und unter schlechten Bedingungen arbeiten, kritisierte er. Das sei nicht fair und nicht gerecht.

Auch in Bayern seien gut eine Million Kolleginnen und Kollegen von paradiesischen Zuständen weit entfernt. Sie verdienten weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Für alle diese Beschäftigten gebe es ab nächstem Jahr mehr Geld – durch den Mindestlohn. Wobei die Betonung auf „Mindest“ läge.

Der Mindestlohn helfe diesen Menschen, besser leben zu können. Sie seien auch dann zwar noch immer weit entfernt davon, auch wirklich gut leben zu können, doch gebe der Mindestlohn den Menschen wieder ein Stück ihrer Würde zurück.

Es sei nämlich würdelos, sich für wenige Euro in der Stunde verdingen zu müssen und trotz Arbeit auf staatliche Stütze angewiesen zu sein. Die Gewerkschaften hätten lange dafür gekämpft, dass ein gesetzlicher Mindestlohn kommt.

„Ohne uns Gewerkschaften und ohne euer Engagement käme er nämlich nicht“, machte Kirchner deutlich. „Darauf können wir, zumal heute, am 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, stolz sein. Wir haben uns durchgesetzt gegen die Wirtschaftslobby und gegen die Schwarzmalerei. Wir haben die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bei der Durchsetzung dieser Lohnuntergrenze hinter uns gebracht“, stellte der EVG-Vorsitzende für die DGB-Gewerkschaften fest.

Ausnahmen, wie sie jetzt gefordert würden, lehnte Kirchner ab. „Die Würde kennt keine Ausnahme“, machte er unter Verweis auf das Grundgesetz deutlich. Dort stehe: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und nicht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar, außer bei bestimmten Personengruppen“.

###

Bei der Rente mit 63 und den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente stimme die Richtung der neuen Bundesregierung, macht der EVG-Vorsitzende deutlich. Allerdings: „Diesen Richtungswechsel haben wir erreicht – der lange Kampf der Gewerkschaften hat sich ausgezahlt. Ist aber noch nicht zu Ende!“

Die Rente müsse zum Leben reichen. In Bayern sei jeder Fünfte von Altersarmut bedroht. So viele, wie in keinem anderen Bundesland.

Aktuell läge das Rentenniveau bei 50 Prozent. Doch auch die jetzige Bundesregierung strebe weiterhin eine Absenkung bis auf 43 Prozent im Jahr 2030 an. Würde das heute schon gelten, bekäme ein Rentner in Bayern im Durchschnitt 809 Euro. Die bayerische Rentnerin käme gerade mal eben auf 443 Euro. Und bei den Erwerbsminderungsrentnern sähe es noch viel schlimmer aus.

Wir leben Gemeinschaft.



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Vorstandsbereich Vorsitzender
Weilburger Straße 24, 60326 Frankfurt/Main
Tel: 069 7536-0 - www.evg-online.org

Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes
und der Europäischen und Internationalen
Transportarbeiter-Föderation



Altersarmut sei aber schon heute ein Problem im reichen Bayern. „Wie bitte soll denn da in Zukunft ein würdevolles Leben im Alter noch möglich sein“, fragte Kirchner?

„Lebensstandardsicherung im Alter geht anders! Unser Motto lautet auch weiterhin: Die Rente muss zum Leben reichen“, machte der EVG-Vorsitzende deutlich. „Wir kämpfen für eine existenzsichernde und zukunftsfeste Rente!“

Und dabei müssten auch die Zeiten der Arbeitslosigkeit mitzählen – heute und gerade auch in Zukunft. Stichtagsregelungen, wie sie sich auch Ministerpräsident Horst Seehofer gut vorstellen kann, würden abgelehnt. Denn gerade die Jungen wären dann doppelt benachteiligt.

Bei dem Rentenpaket, dass der Bundestag Ende Mai beschließen wolle, würden die DGB-Gewerkschaften darauf drängen, dass bei den geplanten Verbesserungen für die Beschäftigten und Rentner keine Abstriche mehr gemacht würden.

„Und wir bringen weiter unser DGB-Rentenkonzept ein. Denn durch den Aufbau einer Demografie-Reserve ist eine stabile Rente möglich – auch für die jungen Generationen“, kündigte Kirchner an.

In diesem Zusammenhang erteilte der EVG-Vorsitzende der Rente mit 67 eine klare Absagen. „Die gehört abgeschafft“, machte er deutlich. Heute gingen die Beschäftigten in Bayern im Schnitt mit knapp 64 Jahren in Rente. Aus gesundheitlichen Gründen würden viele schon früher ausscheiden. Und nahezu alle müssten dabei lebenslange Abschläge hinnehmen.

Die jetzt vorgesehenen Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente gingen in die richtige Richtung.

Aber auch hier seien weitere Schritte notwendig. So müssten unter anderem die Abschläge weg. Denn eine Erwerbsminderungsrente habe ganz und gar nichts mit einem freiwilligen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu tun! Die Betroffenen könnten einfach nicht mehr.

In die richtige Richtung gehe hingegen die beabsichtigte Mütterrente. Fasch sei nur, dass diese beitragsfinanziert sein soll.

###

Zum Schluß seiner Mai-Rede auf dem „Haidplatz“ in Regensburg erinnerte Kirchner an die Verantwortung, die Gewerkschaften für die Gestaltung einer demokratischen und freien, sozialen und gerechten Gesellschaft tragen würden.

„Der 1. Mai ist unser Tag und an diesem Tag sagen wir, wo die Probleme liegen und was sich verändern muss“ Die Gewerkschaften seien gestaltender Teil der Gesellschaft.

„Daher lasst uns auch weiterhin für unsere Ideen einer besseren Welt mit unseren Forderungen streiten. Heute hier am 1. Mai in Regensburg, in vielen anderen Orten in Deutschland, in Europa und in der Welt: Für gute Arbeit und ein soziales Europa“, so Alexander Kirchner.

Wir leben Gemeinschaft.



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Vorstandsbereich Vorsitzender
Weilburger Straße 24, 60326 Frankfurt/Main
Tel: 069 7536-0 - www.evg-online.org

Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes
und der Europäischen und Internationalen
Transportarbeiter-Föderation

